

Pressesprecherin: Linda Schädler
Telefon: 0621 181-1434
schaedler@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 11. Oktober 2021

Presseinformation

Umfrage: Unternehmen präferieren nach Bundestagswahl Ampelkoalition

Die Daten des German Business Panel zeigen, wie sich die Präferenzen der Unternehmen unmittelbar nach dem Wahltag verändert haben: Die Unionsparteien verloren deutlich an Zustimmung, während sich ein klarer Vertrauensvorschuss für die Ampelkoalition abzeichnet. Wie stark die Unternehmen durch die Coronakrise finanziell belastet wurden, beeinflusst zudem, welche Parteien die Unternehmen sich in der Regierung wünschen.

In deutschen Unternehmen war bis zur Bundestagswahl die Jamaika-Koalition die beliebteste Regierungskonstellation. Das änderte sich schlagartig nach dem schwachen Abschneiden der Unionsparteien. Über 50 Prozent der in der Woche nach der Wahl befragten Unternehmer befürworteten nun eine Ampel-Koalition, während eine Jamaika-Koalition lediglich von einem Viertel der Manager präferiert wird. „Hier zeigt sich klar, dass Manager Verlässlichkeit und Stabilität schätzen. Beides scheinen die Unionsparteien in ihrem aktuellen Zustand nicht zu bieten“, sagt Prof. Dr. Jannis Bischof, Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Unternehmensrechnung an der Universität Mannheim und wissenschaftlicher Projektleiter des German Business Panel.

Die Daten zeigen auch einen klaren Zusammenhang zwischen den finanziellen Belastungen während der Coronakrise und den Präferenzen für eine Regierungsbeteiligung. In Wirtschaftszweigen, die stark unter der Coronakrise gelitten haben, wird die FDP bevorzugt. Unter den Branchen, die eher zu den Gewinnern der Coronakrise zählen, ist die Hoffnung auf eine Regierungsbeteiligung der Bündnisgrünen besonders hoch. So erzielten die Grünen bei Unternehmen der Information & Kommunikation sowie bei Unternehmern, die freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen anbieten, mit 43,9 und 45,0 Prozent besonders hohe Zustimmung. Die sogenannten Krisenbranchen hingegen (unter anderem die Eventbranche, Gastronomie, Tourismus) setzen mit 62,6 Prozent auf die FDP.

Weitere Ergebnisse des GBP-Monitors zeigen, dass die Gewinne und Umsätze im September stabil blieben: Gegenüber August ist ein Rückgang der Gewinnveränderung von 2,32 Prozent trotz einer Umsatzerholung von 3,81 Prozent zu erkennen. Es wird deutlich, dass der seit dem Februar 2021 kontinuierliche Anstieg der Änderungsrate nicht fortgesetzt werden kann. Dieser Trend spiegelt sich in den geplanten Entscheidungen des Managements wider: Unternehmen planen Kostensenkungen und Preiserhöhungen in den kommenden 12

Monaten. Der Anteil an Unternehmen, die Preise erhöhen, überstieg den Anteil an preissenkenden Unternehmen im September um 22,0 Punkte (gegenüber 19,9 Punkten im August). Die Fixkosten, die Ausschüttungen und Entnahmen sowie die Forschungs- und Entwicklungskosten weisen hingegen eine negative Entwicklung auf. „Die Unternehmen sehen die Politik in der Verantwortung, vorausschauender zu agieren, so dass die momentan stockende Entwicklung wieder Fahrt aufnehmen kann“, fasst Dr. Davud Rostam-Afschar, Leiter und Mitautor der Studie, zusammen.

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet, wie in diesem Monat zur präferierten Regierung aus Unternehmenssicht.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends“ im Oktober 2021 finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2021/10/gbp_monitor_2021_10_web.pdf .

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Hintergrundinformationen

Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von acht Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main, WHU - Otto Beisheim School of Management, und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de